

PSR/IPPNW

SWITZERLAND/SCHWEIZ/SUISSE/SVIZZERA



Physicians for Social Responsibility/International Physicians for the Prevention of Nuclear War
Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung/zur Verhütung des Atomkrieges
Médecins pour une responsabilité sociale/pour la prévention de la guerre nucléaire

Bundesamt für Energie, BfE
Sektion BP
3003 Bern
energiestrategie2050@bfe.admin.ch

Benken, 14. Januar 2013

Stellungnahme von PSR/IPPNW zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Energiestrategie 2050 Stellung nehmen zu können und begrüssen grundsätzlich die Stossrichtung der bundesrätlichen Energiestrategie im Interesse unserer Bevölkerung und unserer Nachkommen.

PSR/IPPNW Schweiz (Physicians for Social Responsibility/Physicians for Prevention of Nuclear War, Friedensnobelpreis 1985) gehört zu einer weltweit tätigen NGO, deren Hauptanliegen die Abschaffung sämtlicher Atomwaffen und der Verzicht auf Atomenergie sind. Es ist unsere Verpflichtung als Ärzte, uns vorrangig um das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen einzusetzen. Die Richtschnur unserer Stellungnahme zur „Energiestrategie 2050“ leitet sich von diesem Grundsatz ab.

Der Bundesrat geht einen weiteren Schritt, um die Energiewende in der Schweiz zu konkretisieren, und bekräftigt insbesondere seine Bekenntnisse zum Verzicht auf den Neubau von Atomkraftwerken, zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zu Effizienzzielen, strengeren Vorschriften und weiteren Massnahmen bezüglich der Effizienz von Gebäuden und Fahrzeugen.

Um die Energiestrategie 2050 auf den richtigen Weg zu schicken, braucht es aber darüber hinaus weisende, klare politische Rahmenbedingungen sowie eine sehr rasche Umsetzung wichtiger und griffiger Massnahmen. Nur so können sich Verbraucher, Produzenten und Investoren auf die neue Energiepolitik einstellen, Nutzen daraus ziehen und ihren Anteil beitragen. Und vor allem können nur so mögliche Risiken und daraus resultierend gesundheitliche Schäden minimiert werden.

An die Energiestrategie 2050 stellen wir folgende Forderungen:

- 1. Neben dem Verbot von Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Atomkraftwerke braucht es eine Laufzeitbeschränkung für die bestehenden Atomkraftwerke. Die Lebensdauer der Schweizer AKW muss auf 40 Jahre beschränkt werden.** Eine Beschränkung der Lebensdauer ist nicht nur aus Sicherheitsgründen geboten. Auch aus Betriebsersicht sehen wir ein Interesse, die Stilllegung der AKW zu terminieren, nicht zuletzt um

klare Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen zu setzen und Investitionssicherheit (auch für Elektrizitätswerke in Besitz von Kantonen oder Gemeinden) zu gewährleisten. Zusätzlich kann nur so eine weitere Zunahme des radioaktiven Abfallberges verhindert werden, dessen Entsorgung nach wie vor ungelöst ist. Wir weisen auch darauf hin, dass jegliche Verzögerung aus dem unseligen nuklearen Kreislauf auszusteigen, zu weiteren gesundheitlichen und sozialen Problemen bei Betroffenen und für die Natur führen (Urangewinnung, mögliche gesundheitliche/genetische Schäden um nukleare Anlagen).

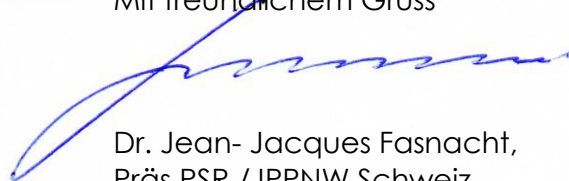
2. **Das vorgeschlagene etappierte Vorgehen und der Zeithorizont 2050 verlangsamen den Fahrplan der Energiestrategie und sind nicht auf den vorgesehenen Atomausstieg ausgerichtet.** Laut Plänen des Bundesrats sollen beim Ausbau der Photovoltaik nur 30% des Zubauziels vor 2035 realisiert werden (bis 2020 gar nur 6%), die restlichen 70% sollen erst in den 15 Jahren zwischen 2035 und 2050 erfolgen. **Wir fordern die Umsetzung bis auf das Jahr 2035, damit möglichst rasch eine auf Effizienz und zu 100% auf Erneuerbaren Energien beruhende** Stromversorgung sichergestellt werden kann.
3. **Der Stromverbrauch der Schweiz soll mittels einer konsequenten Effizienzpolitik stabilisiert oder gesenkt werden.** Die Stromeffizienz ist die Grundlage für das Gelingen der Energiewende. Bis heute wurde diesbezüglich viel zu wenig unternommen und auch der Vorschlag des Bundesrats greift zu kurz. Neben der sofortigen Einführung einer Stromlenkungsabgabe (es gibt keinen Grund damit bis zur zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 zu warten), braucht es ein ausgewogenes Massnahmenpaket, das Verpflichtungen sinnvoll mit Bonus- und Malusregelungen verbindet und dabei alle Verbrauchsgruppen umfasst. Die Instrumente müssen sich an verbindlichen Verbrauchszielen orientieren.
4. **Auch wir lehnen den einseitigen Fokus auf einen verstärkten Ausbau der ohnehin sehr stark genutzten Wasserkraft ab** und kritisieren auf das Schärfste die vorgesehene Blockierung der Photovoltaik, der Erneuerbaren-Technologie mit dem mit Abstand höchsten Zubaupotenzial. **Stattdessen fordern wir einen verstärkten Ausbau der Photovoltaik mit einem zukünftigen Einsatz von mindestens 50% der Fördermittel.** Dies würde nicht nur den geplanten Zubau von klimaschädlichen fossilen Kraftwerken überflüssig machen, sondern auch die Schweizer Eigenversorgung und Wertschöpfung in der Schweiz stärken.
5. **Im Sinne einer ökologischen Umsetzung des Erneuerbaren-Energien-Ausbaus fordern wir einen einheitlichen Planungsansatz, der nicht nur Nutz- sondern auch Schutzgebiete ausweist.** Die Vorlage der Energiestrategie 2050 steht dagegen dem mehrfach in Volksabstimmungen geäusserten Bedürfnis nach einer intakten Natur und Landschaft entgegen. Der Vorschlag einer einseitigen Nutzungsplanung widerspricht dem Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung und missachtet das Gebot der Minimierung von Konflikten. **Ebenfalls nicht zustimmen können wir den Plänen des Bundesrats, zukünftig in einem «nationalen Interesse» primär die Wind- und Wasserkraft zu fördern,** denn dies würde in einem unkoordinierten Wildwuchs an Kraftwerkprojekten und einer Aushebelung der bisherigen Schutzbestimmungen resultieren.
6. **Wir lehnen eine Subventionierung von mit fossiler Energie betriebenen WKK-Anlagen (Wärme-Kraft-Kopplung) entschieden ab.** Die vorgeschlagenen Regelungen würden den Einsatz Erneuerbarer Energien unnötig konkurrenzieren, zwangsläufig die rasche CO₂-Emissionsreduktion in der Schweiz behindern sowie hohe Kosten verursachen.

Stattdessen fordern wir den Aufbau von Fernwärmenetzen entsprechend den kantonalen Energieplänen.

7. **Im Verkehrsbereich fordern wir eine Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts bei Neuwagen auf 80 g CO₂ / km bis Ende 2020.** Die neuesten Vorgaben in den USA (die einem Neuwageneffizienzziel von 71-83 g CO₂ / km bis 2020 entsprechen würden), machen deutlich, dass die geplanten Zielvorgaben von 95 g CO₂ / km für die Schweiz viel zu bescheiden sind.

PSR/IPPNW anerkennt ausdrücklich die Bemühungen und den guten Willen des Bundesrats und ist davon überzeugt, dass die Energiewende unser Land zukunftsfähig macht. Es muss aber die Aufgabe uns aller im Sinn des erwähnten Wohlergehens sein, mit Nachdruck die verschiedenen angesprochenen Massnahmen umgehend umzusetzen. Wir fordern Sie deshalb freundlich auf, die Vorlage entsprechend unserer Verbesserungsvorschläge zu überarbeiten und danken für die sorgfältige Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichem Gruss



Dr. Jean- Jacques Fasnacht,
Präs PSR / IPPNW Schweiz

Beilage: - Beurteilung von PSR/IPPNW und AefU zur Vernehmlassung „Energiesstrategie 2050“ der Akademie der Wissenschaften